

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 30 (1940)
Heft: 5

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Konferenz des Balkanbundes

Am 2. Februar begann die Konferenz der vier Balkanstaaten Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und der Türkei; da die Tagung der vier Delegationen in Belgrad stattfindet, muß man annehmen, Jugoslawien habe möglicherweise die Initiative ergriffen, um einige brennende Fragen zu lösen, falls Lösungen überhaupt möglich seien. Jedenfalls stehen Fragen auf der Tagesordnung, und zwar solche, die nicht Jugoslawien und die Türkei, sondern die beiden andern Bundespartner angehen.

Es ist ein sonderbares Gebilde, dieser Balkanbund, und manche Zweifler muten ihm nicht mehr Kraft zu als der verstorbenen „Kleinen Entente“, die ihren Partner, die Tschechoslowakei, fast ohne Widerspruch verschluckt ließ, oder dem polnisch-rumänischen Bündnis, das Polen auch nicht die Hilfe eines einzigen rumänischen Gewehrs verschaffte. Der Vergleich stimmt, je nach dem man die Erwartungen ansetzt. Man muß wissen, daß es sich um die Allianz jener Staaten handelt, die am „status quo“ im Donau-Balkan-Raum interessiert sind, und daß sich diese Allianz ausschließlich auf die Niederhaltung der „Revisions-Staaten“ Bulgarien und Ungarn bezieht. Diesem selben Zwecke hat nun freilich auch die „Kleine Entente“ gedient (oder besser nicht gedient). Aber die Tschechen wurden nicht von innen her, von Ungarn aus, angegriffen, sondern von einem übermächtigen Großstaat, und was Ungarn in der Slowakei und in Karpathorußland raubte, waren Abfälle der Beute, deretwegen sich Rumänien und Jugoslawien nicht in den Krieg einmischen wollten. Mit der Bündniswilligkeit im Balkanbund steht es ähnlich: Solange keine der angrenzenden Großmächte den Raum von außen anfällt, solange nur Rumänien und Griechenland von den Bulgaren bedroht sind, oder Rumänien und Jugoslawien von Ungarn, wird das Bündnis spielen. Gegen die zwei kleinen schwachen „Revisionsisten“ innerhalb des Raumes also. Wenn aber der Anfall von draußen herkommt? Dann weiß niemand, was geschieht.

Es ist jedenfalls so, daß Rumänien gegenwärtig versucht, in Berlin „lieb Kind“ zu sein und den Deutschen vor mehrte Dellieferungen zugeht. Die Engländer haben mit Druckversuchen geantwortet und mit der Zurückhaltung von Lieferungen gedroht, von denen die Rumänen anscheinend abhängig sind und von denen sie profitiert haben. Möglich, daß England annimmt, auch Deutschland habe über Rumänien von solchen Englandwaren profitiert, und daß es den „Weltkrieg“ nur als Vorwand benutzt, um eine dünne Stelle der Blockade abzudichten. Möglich aber auch, daß es tatsächlich versucht, ein größeres Quantum des rumänischen Petrols abzupapfen und diese wichtige deutsche Materialquelle abzugraben.

Die rumänische Rechnung ist einfach: Wenn die Deutschen von uns erhalten, was sie wollen, dann sind sie an der Unversehrtheit unseres Gebietes interessiert. Ihre Wohlgeogenheit ist die beste Garantie nicht nur gegen die russischen Drohungen, sondern auch gegen die Aspirationen Ungarns, und genau genommen bedeutet heute diese deutsche Garantie mehr als alle Bündnisverpflichtungen der drei Balkanbundpartner. Vor allem, weil man nicht weiß, mit welchen Einsätzen sie sich in einen Krieg gegen Rußland wagen würden.

Ungarn hat in letzter Zeit deutlicher ausgesprochen, was es von den Rumänen wünscht. Nicht nur ein „Entgegenkommen in der Behandlung der Minderheiten“, sondern richtige Gebietsrevisionen seien notwendig; und wenn sich die Regierung in Bukarest widerspenstig verhalte, könnte sie das eines Tages büßen. Solche Drohungen stehen nicht nur

mehr in beliebigen Zeitungen ... man kann sie von hochgestellten, von offiziellen Persönlichkeiten aussprechen hören.

Ohne Zweifel wird man in Ungarn deutlicher, weil man hinter sich Italien weiß und glaubt, dieses Italien setze sich mit allem Ernst für eine dauerhafte Einigung des Donauraumes ein, und es werden, um dieser Einigung willen, die Rumänen zur Anerkennung der Ansprüche Ungarns auf Siebenbürgen zwingen. Gegen diese italienischen Zumutungen, die man in der Sprache Ungarns zu hören vermeint, hat man also die Rückversicherung in Berlin gesucht ... Balkanbund hin oder her, und Schutzversprechen der Westmächte ebenso. Rumänien muß nach der Lage der Dinge den guten deutschen Willen über alles schätzen.

Daran wird sich nichts ändern, wenn nun auch der Vatikan als Anwalt Ungarns erklären läßt, Staatssekretär Maglione befürworte aus ethnographischen Gründen eine Aenderung der Grenzen Rumäniens gegen Ungarn. Man wird in Bukarest erst klein werden, wenn Berlin glaubt, die Forderungen Ungarns ebenfalls unterstützen zu müssen. Aber vorläufig scheint das nicht der Fall zu sein: Vorläufig betrachtet man in Berlin wohlgefällig das neu eingerichtete rumänische Petroleumamt und den neu eingefetzten „Petroleumdiktator“.

Das will nicht heißen, daß die deutsche Diplomatie ihre Fäden nach Ungarn abgerissen hätte. Man muß sogar mit der Schürung des ungarischen Revisionismus weiterfahren, damit Rumänien kein allzugroßes Selbstvertrauen gewinnt; in gleicher Weise und zum selben Zwecke bedient man sich des ständig aufgeputzten bulgarischen Revisionismus. Ums Neujahr herum wurde bekannt, daß die „Irredenta“ in Sofia den König nicht nur an die Dobrudscha erinnert habe, sondern ihm in einer eigenen Denkschrift vom „ägäischen Thrazien“ als einem zu befreienden bulgarischen Gebiete spreche. König Boris hat sich bis heute der Versuchung, in der Revisionsfrage aktiver zu werden, erwehrt und vor allem durch die Freundschaft mit Jugoslawien die Sympathien seines Volkes erobert, wie die neuesten Wahlen dies beweisen. Wer aber kann sagen, ob er und sein Volk nicht schwenken, wenn größere Verwicklungen drohen sollten?

Der „Donau-Balkan-Raum“, Europas alte Wetterdecke, heute wider Erwarten zunächst neutral, (weil vier gegen zwei stehen!), ist so zerklüftet wie nur je, und die Konferenz der Balkanbündnisminister bietet einmal mehr Gelegenheit, darauf hinzuweisen. Eine Laune der entscheidenden Nachbarn, und das ganze Sicherheitsgebäude dort unten fliegt in die Luft.

„Finnische Front als alliierte Hauptfront“

Während eine frontale Durchbruchschlacht im Westen immer mehr an Wahrscheinlichkeit verliert, mehren sich die Fragen und Aengste nach möglichen neuen Angriffsrichtungen der einen oder andern Kriegspartei. Und diese Fragen kreuzen und komplizieren sich mit jenen andern, ob nicht unerwartet Verhandlungen der aussichtslosen Kriegssituation ein Ende bereiten könnten. Wir haben in der „B. W.“ festgestellt, daß offenbar der erste Anlauf der italienisch-vatikanischen Bemühungen um die „Rückgewinnung Deutschlands für den Westen“ und um Konzessionen der Alliierten gescheitert seien. Umwichtiger sind nun die Fragen geworden, die „Siegesausichten“ des einen oder andern Lagers zur Voraussetzung haben ... also: Wo wird angegriffen werden, und von wem?

Der Ausdruck, die finnische Front sei zu einer Hauptfront der Alliierten geworden, entstammt einer Rede Churchills, der

als der „Unversöhnliche“ in England gilt und gerne Schluß machen möchte mit der endlosen „Belagerung Deutschlands“. Nicht nur vor der Siegfriedlinie liegen und scharmüheln, bis die Deutschen hungern und Aufruhr machen! Diese Belagerungstaktik mag gut sein, aber sie genügt allein nicht! Etwas muß hinzu kommen. Erweiterung des Seekrieges? Die erste Phase dieser Aktion ist gewonnen ... dem Einsatz eines zweiten Kontingents von U-Booten sieht man gelassen entgegen. Luftkrieg in seiner konsequenten Form? Churchill fragt sich, warum die Deutschen die Zeit verstreichen ließen und ihre Ueberlegenheit der ersten Monate nicht ausnützten. Welche andern Weiterungen also könnte man sich denken?

Die Prägung des Ausdrucks von der finnischen als einer alliierten Front gibt uns einen Teil der Antwort: Man wird zwar vielleicht im Westen mit Groß-Angriffen das deutsche Material schädigen und damit auch in dieser Form die deutsche Wirtschaft der Erschöpfung zutreiben, wird damit rechnen, daß Deutschland seine ausgeschossenen Kanonen und seine krepiereten Geschosse weniger leicht ersetzen könne als England und Frankreich ... man wird Hitler zwingen, Munition bis zur Keige zu vergeuden, wird selber so wenig wie möglich Menschen einsetzen ... diese Vergeudung mit ihren wirtschaftlichen Nachteilen für die Deutschen soll aber den Charakter des „Westkrieges“ als Festhalte- und Nebenaktion nicht ändern. Die Hauptaktion indessen wird man auf neue Hauptfronten verlegen ... und eine davon liegt in Finnland.

Noch steht die Frage offen, ob man bei den Alliierten überall bereit ist, die Konsequenzen aus der Theorie Churchills zu ziehen, oder ob man wieder, wie schon immer, „Rechnungen“ anstellt, die nachher durch eine überraschende deutsche Aktivität illusorisch werden. Beispielsweise so: England schickt zögernd Material und „Freiwillige“ an die Finnlandfront. Immer nur gerade soviel als es braucht, um einen russischen Durchbruch zu verhindern, aber genügend, um den Russen die Belieferung Deutschlands zu verunmöglichen. Deutschland würde nicht zum äußersten gereizt ... würde keinen Anlaß finden, Schweden zu überfallen, triebe dabei doch der Kapitulation entgegen und würde die notwendige innere Umstellung vorziehen. Das ist das Rezept der City, der „Münchner“, deren Haupt im Kabinett Herr Simon heißt. Und dieses Rezept entspricht keineswegs der Theorie Churchills, der entschlossen scheint, Mr. Simon aus seiner Position hinauszuerwerfen und massiver vorzugehen.

Verlässliche Auskünfte sagen uns, daß eine britische Landung in Murmansk geplant sei; das Landungskorps werde bereits ausaerüstet; von Murmansk aus würde nicht nur der ganze Nordflügel der Russen südlich von Petsamo aufgerollt, sondern die ganze nördliche Hälfte ihrer Front aus den Angeln gehoben.

Man sieht, der „Interventionkrieg“ ist in greifbare Nähe gerückt. Der Winter mag ihn verzögern, aber in seinem Schutze werden die Finnen noch wichtige Vorarbeit leisten können. Diese Vorarbeit und der Grad, in welchem sie gelingt, werden übrigens Churchills Aussichten, im Kabinett durchzudringen, weitgehend mitbestimmen. Es scheint ein hartes Ringen hinter den Kulissen zu sein, das die Frage „Simon oder Churchill“, „Krieg der Berechnungen oder Krieg der Taten“ entscheiden wird. Die demokratische Deffentlichkeit in England und Frankreich weiß von diesem Ringen wenig; erst in jüngster Zeit sichert die sichere Nachricht durch, daß Churchill den Kriegsminister Hore-Belisha stürzte, daß er aber Mr. Simon gemeint hat und weiterhin meint. Ihn muß er vielleicht nicht einmal hinauswerfen ... es wird genügen, wenn er ihn an die Wand drückt.

Dieselben Kreise, die uns Churchills Absichten schildern und wissen, daß er es war, der Hore-Belisha stürzte, sahen uns auch, daß die Gerüchte über deutsch-italienische Friedensfühler mit dem Angebot einer Auswechslung Hitlers gegen Göring keineswegs Phantastien waren. Ueber wenigstens fünf Stellen gelangte dieses Angebot sowohl nach England als

nach Frankreich. Und wieder sei es dem Einfluß des entschlossenen Churchill zu verdanken, daß die Westmächte glatt ablehnten, eine Halblösung dieser Art zu diskutieren. Die britische Forderung an die Deutschen lautet heute: Distanzierung von Stalin ... aber auch von Hitler und vom Nationalsozialismus. Das bedeutet soviel wie die Forderung innerdeutscher Umgestaltung!

Man hat damit Mussolini vor den Kopf gestoßen und vielleicht zunächst lahm gelegt, aber man rechnet aus, daß sich eine Waffenbrüderschaft im hohen Norden, die sich zwischen italienischen und britischen „Freiwilligen“ herausbildet, stärker sein werde als alle andern Argumente. Die nächsten zwei Monate müssen dies erweisen.

Es ist nun bloß noch zu bedenken, daß die deutsche Generalität von den britischen Murmanskplänen Wind bekommt oder längst bekommen hat, und daß sie sich entschließt, in Finnland vor den Alliierten einzugreifen. Die Anwesenheit deutscher Truppen in Galizien könnte eine „Fahrt nach unerwarteten Richtungen“ anzeigen. Moskau und Berlin leugnen jegliche Aenderungen der galizischen Grenzen, Moskau sogar die deutsche Bahnbewachung ... Wozu also deutsche Truppen in Galizien?

Um die Nachfolge von Bundesrat Motta

„Passen Sie auf ... der Verlust Mottas wird uns Aufregung und innere Zermürnisse bringen ...“, sagte uns ein politischer Wetterprophet. Und eine Woche nach seinem Hinschied stehen wir schon in „Nachfolgekämpfen“. Zwar glauben wir nicht, daß sie ausarten werden. Denn die Zeiten sind zu ernst für solche „Liebhabereien“. Aber es können Lösungen getroffen werden, die spätere Differenzen in sich schließen. Man müßte wirklich weit vorausschauen.

Wer verlangt den leeren Sessel für sich? Man muß einen Augenblick lang überlegen, wen Motta vertreten hat: Erstens die katholisch-konservative Partei, zweitens die romanische Schweiz als Ganzes ... drittens den Tessin. Es ist nun selbstverständlich, daß die Katholiken sich als Anwärter auf den vakanten Sitz melden. Und ebenso, daß man keinen Deutschschweizer als Nachfolger will. Drittens aber müßte man dem Tessin, wie wir das als richtig glaubten, wieder seine Vertretung zugestehen.

Nun aber kompliziert sich der Fall ... denn auch die Sozialdemokraten halten den Augenblick für gegeben, in die Bundesregierung einzutreten. Sie argumentieren nicht als einfache „Nachfolgearwärter“ ... sie berufen sich auf ihre Initiative, die eine Erweiterung unserer obersten Behörde auf 9 Mitglieder verlangt. Also: Der Moment sei gekommen, die eidgenössische Exekutive von Grund aus umzugestalten. Gerade diese Erweiterung würde die Möglichkeiten bieten, welche das bisherige Siebnerkollektiv nicht bot, nämlich die Vertretung der regionalen und zugleich der Parteinteressen. Oder besser gesagt: Bei 9 statt nur 7 Bundesräten müßten sich die einzelnen Landesteile und die großen Parteien künftig besser als bisher vertreten lassen können.

Was wird geschehen? Wir wissen es noch nicht. Stünden wir vor einer drohenden wirtschaftlichen oder politischen Lage ... sagen wir einer schweren außenpolitischen Bedrohung, stiele wohl den bisherigen Bundesparteien die Schaffung eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“ nicht schwer. Es würde auch bei uns kaum anders zuaehen als sonstwo in der Welt ... wir würden versuchen, den Willen aller Gruppen und Parteien in der obersten Behörde zusammenzufassen, damit die Opposition zu entzweifeln und an der Verantwortung zu beteiligen. Aber die äußere Lage scheint nicht so düster zu sein. Nirgends sieht man effektive Wolken aufsteigen. Also wird man mit der bisherigen Regierungsgrundlage auskommen.

Alles, was man bisher vernommen, scheint darauf hin zu deuten, daß man in der Tat nichts ändern will. Die „Bundesratsparteien“, d. h. die große eidgenössische Freisinnspartei und die Katholisch-Konservativen scheinen unter sich ausgemacht zu haben, wem der vakante Sitz zufalle ... aber noch mehr: Wem auch der nächste gehören müsse. Einhellig sind die Meinungen freilich nicht. Im freisinnigen Lager meldeten sich gewichtige Stimmen für die Ueberlassung des Stuhls an die linke Opposition. Eben aus jenen Gründen, die nach der Konzentrationsregierung rufen. Und auch wegen gewissen Erinnerungen, besonders die letzte Wahl, welcher bekanntlich die sozialdemokratische „Initiative für die 9“ folgte.

Aber die Mathematik ... die eidgenössische Mathematik! Man begreift auf Seiten der Freisinnigen rasch genug, daß es nicht angeht, die bisherige katholische Vertretung zu schmälern. Wollte man die Wünsche beider Anwärterparteien erfüllen, den KKs ihren Sitz lassen und zugleich der Sozialdemokratie einen anbieten, bliebe nichts anderes übrig als einen der freisinnigen Herren demissionieren zu lassen ... oder den Bauernvertreter heimzuschicken. Und da das nicht angeht, auf keinen Fall, wird man nicht anders können als einen der Ansprecher zu enttäuschen. Und man wird die Enttäuschung nur der bisher nicht vertretenen Linken zumuten können!

Das nicht sehr schöne Spiel, auch schon den frankten Herrn Drecht in die Kalkulation einzubeziehen, berührt einen unangenehm. Aber es ist so, daß man mit dem nächsten vakanten Sitz den des Herrn Drecht meint. Und daß die Pessimisten heute schon sagen, es werde so herauskommen: Die Freisinnigen helfen den KK-Nachfolger des Herrn Motta wählen ... später wird die äußerste Rechte wieder für den freisinnigen Nachfolger Drechts sorgen helfen. Fast möchte man auf den Tisch schlagen und diesen Kombinatoren eins auswischen. Aber am Ende haben sie noch recht!

Es gibt Leute, die bei dieser Gelegenheit wieder einmal repetieren, alles Uebel komme von den Parteien ... (und auch von den verschiedenen Gebirgen, denen wir die so verschiedenen Kantone verdanken ... könnte man beifügen). Es wird wieder von den Männern argumentiert, die auf die hohen Stühle gehören ... „Männer, nicht Parteivertreter“. Die Erfahrung belehrt uns, daß die Parteien in der Regel eine wahre Zucht von Männern in die Höhe bringen ... Männern mit Gesicht und Charakter ... siehe Motta! Wie denkt man sich das Auswahlprinzip und die Schulung, wenn nicht im Ringkampf der politischen Ansichten selbst, die sich in den Parteien bilden? Etwa in besondern Ordensburgen ... oder in einer einfachen Beamtenfariere? Damit müßte man endlich abfahren: Die Parteischulung braucht wahrhaftig nicht dem Grundsatz, daß „Männer“ gebraucht werden, zu widersprechen. Dazu sind die Parteien die Vertreter der verschiedenen Volksschichten geworden ...

Mein, was uns richtig schiene, wäre ein wenig Voraussicht. In zwei, drei Monaten kann die äußere Lage so sein, daß wir das „Konzentrationskabinett“ dennoch brauchen. Auch wenn heute alles harmlos aussieht und wenn die bisherige Basis als genügend erscheint. Es können auch innerpolitische Probleme sich so zuspitzen, daß man das Neunerkollegium brauchen wird. Ist es zu viel verlangt, ein wenig vorauszu sehen? Das Wasser braucht uns doch nicht an den Hals zu kommen!

Freilich ist noch eine Kleinigkeit zu beachten: Die Sozialdemokraten müßten diejenigen sein, die „den kl. Tessiner vor schlagen“ und diesen Vorschlag mit ihrer Neunernominierung verbinden. Sie würden damit jenes Argument in die Waagschale werfen, das den andern Parteien direkt verböte, einer Neuregelung auszuweichen. Man hat aber, wenigstens in der „ersten Wahlwoche“, nichts von solch entschiedenen Direktiven der Linken gehört.

Streit um die Finanzen

Die Gegensätze auf finanziellem Gebiete sind naturgemäß besonders scharf, geht es doch immer um den Fünfliber, den man aus dem eigenen Sack zu bezahlen hat, man mag nun reich oder arm sein. Es ist daher begreiflich, daß sowohl die Finanzpläne des Bundesrates für den Staatshaushalt, als auch die Regelung der Lohnausgleichskassen, den gegenwärtigen Meinungen rufen.

Von rechtsbürgerlicher Seite findet man, die Lohnsteuer sei zu niedrig. Links wird geantwortet: „Das fehlte noch“. Die NZZ wird scharf angeschmachtet, weil sie die 2 Prozent der nichtmobilisierten Lohnempfänger, das „Lohnopfer“, für ungenügend hält, ja betont, daß es nur ein erster Schritt sei, und daß man zweifle, ob er auf die Dauer genüge. Und selbstverständlich ruft dieses Anschmachten scharfen Gegenantworten bei den Betroffenen.

Am einer ganz andern Stelle setzt die Opposition der Basler Liberalen ein, also jener Kreise, die besonders gründlich von den Vermögensbelastungen getroffen würden. Eine liberale Interpellation im baselstädtischen Großen Rat verlangte vom Regierungsrat Schritte angesichts der Tatsache, „daß die vorgesehene Deckung des eidgenössischen Finanzbedarfs den Kanton Baselstadt in außerordentlich unbilliger Weise belaste“. Der Regierungsvertreter stimmte der Interpellation zu, vor allem, weil die Finanzpläne des Bundeshauses dem Grundsatz der gerechten Lastenverteilung widersprächen. Die Parteien Basels stehen hinter der Regierung. Was wird die Eidgenossenschaft anfangen, wenn eine Reihe anderer Kantone ebenfalls finden, sie könnten nicht soviel bezahlen ... d. h. wenn überall eine Partei, die eine opferpflichtige Schicht vertritt, Kantonsregierung und Parlament hinter sich bringt und „geschlossene Opposition des Kantons“ ankündigt? Der Fall Basel liegt natürlich so, daß ein Stadtkanton, in dem ungewöhnlich viele Kapitalien konzentriert liegen, auch unverhältnismäßig viel absteuern muß ... auf die Kopfzahl der Bevölkerung gerechnet. Es ist aber von Kritikern der Basler Äußerungen bemerkt worden, daß man auch das „Einzugsgebiet der Basler Vermögen“ in Berechnung ziehen müßte; der angeblich ungerechten Lastenverteilung stehe eine „Vermögensverteilung“ gegenüber, bei welcher die Basler eben entsprechend gut abschnitten, und die Ueberbelastung sei eben die Folge des Reichtums, in welchem man ums Rheinknie herum siedle!

Es wird zweifellos in den nächsten Wochen und Monaten noch allerhand gesprochen und geschrieben werden, das so klingt, als ob im nächsten Moment „Hund und Raß übereinander herfallen“ würden. Sie werden aber nicht übereinander herfallen. Denn es wird gottseidank nicht nur zum Fenster hinaus gesprochen, sondern in zahlreichen Aussprachen versucht, Härten auszugleichen und Sonderwünsche, wo es angeht, zu berücksichtigen. Daß diese Aussprachen in normalen Zeiten die Gefahr einer Torpedierung aller Pläne in sich tragen weiß man. Aber es steht auch fest, daß die heutige Lage „endlosen Konzeptionen“ den Riegel schieben wird. Wenn z. B. alle Ledigen mit Unterstützungspflichten eine „Haushaltsentschädigung“ erhalten werden, so bedeutet dies die Beseitigung einer Härte, die besonders kraß schien usw. usw.

Zum Kampf um die Opfer an den Staat und die Leistungen, die man dafür vom Staate erwartet, möchte man bemerken: Die anormalen Zeiten haben bis heute keine Lösungsvorschläge gereift, die das Gesamtproblem auf neue, den anormalen Erfordernissen entsprechende Art anpacken. Das ist bedauerlich. Wenn man die Milliardenziffern anschwellen sieht, wenn man die Riesenlasten abschätzt, die auf den künftigen Generationen lasten werden, wenn man voraussieht, daß in einem halben Jahrzehnt die Gemeinwesen bald „allein Kapitalschuldner“ (oder „Vermögensbeansprucher“) sein werden, dann schreit alles nach „neuen Wegen“. Wer zeigt sie? Wer erspart uns das ewige Markten und Feilschen?